

Fragen

für die Fragestunde der 126. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. November 2019

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	42	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53	Klinge, Marcel, Dr. (FDP)	48, 49
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	7, 40
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	43, 44	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	46, 63	Luksic, Oliver (FDP)	8, 9
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	27, 56	Magnitz, Frank (AfD)	37
Herbrand, Markus (FDP)	31	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	61
Herbst, Torsten (FDP)	13, 14	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	35, 36
Herrmann, Lars (AfD)	32	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 55
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	10, 26	Renner, Martina (DIE LINKE.)	33, 34
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25	Saathoff, Johann (SPD)	47
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	41, 62	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 45
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	38, 39	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	57, 58
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Skudelny, Judith (FDP)	21, 22
		Werner, Katrin (DIE LINKE.)	64, 65

Abgeordnete

*Nummer
der Frage*

Zimmermann, Sabine (Zwickau)

(DIE LINKE.)66, 67

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	21

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

1. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welchem Umfang hat die Bundesregierung den Neu- und Ausbau von Radverkehrsinfrastrukturen (z. B. Radwege an Bundesstraßen, Radschnellwege, Fahrradparkhäuser, andere Formen von Radabstellanlagen) in Niedersachsen in den Jahren 2018 und 2019 gefördert?
2. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bei welchen vorläufigen und abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für Projekt der Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) im Bereich der Bundesfernstraßen hat die Bundesregierung die von privaten Auftragnehmern zu tragenden Risikokosten zu 100 Prozent angesetzt (bitte für alle laufenden und geplanten ÖPP-Projekte detailliert darstellen)?
3. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sind nach Kenntnis der Bundesregierung bereits die technischen Geräte, inklusive der notwendigen Software zur Überwachung der Einhaltung der Fahrverbote aufgrund von zu hohen NO₂-Werten (Neuntes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes am Markt verfügbar, und wenn dies der Fall ist, wie viele Datensätze wurden für diese Zwecke aus dem Zentralen Fahrzeugregister bereits abgerufen?
4. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über besondere Gefahren für Verkehrsteilnehmende durch an Fahrbahnrandern abgestellte Fahrräder (ausgenommen Lastenräder und Fahrräder mit Anhängern; bitte den Erkenntnissen zugrunde liegende Unfalldaten, Studien oder Untersuchungen einzeln benennen), aus der sie die Notwendigkeit schlussfolgert, in der Novelle der Straßenverkehrsordnung Selbiges zum Zwecke der Abwehr zukünftiger Gefahren zu verbieten, und wie begründet die Bundesregierung die Einführung des Verbots des Abstellens von Fahrrädern an Seitenstreifen oder am Fahrbahnrand und damit die – durch die Privilegienfeindlichkeit des Straßenverkehrsrechts, eigentlich ausgeschlossene – Privilegierung von Autos (bzw. Fahrräder besonderer Bauart wie Lastenräder), die weiterhin überall dort, wo es nicht explizit verboten ist, abgestellt werden dürfen, gegenüber Fahrrädern?

5. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zwei von Prof. Dr. Thorsten Beckers und Anderen angefertigte Analysen („Die Bereitstellung der Schnellladeinfrastruktur für die Elektromobilität in Deutschland – Eine ökonomisch-juristische Analyse zentraler Fragestellungen und alternativer Organisationsmodelle“ sowie „Die Bereitstellung von (Basis-)Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität im öffentlichen Straßenraum – Eine ökonomische Analyse“) veröffentlichen, sodass die Erkenntnisse im Rahmen der Umsetzung des Masterplans Ladeinfrastruktur auch von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages genutzt werden können, und welche Erkenntnisse der beiden Analysen wurden bereits im Masterplan Ladeinfrastruktur berücksichtigt?
6. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schlüsseln sich die 3 Mrd. Euro, die laut dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur im Rahmen des Masterplans Ladeinfrastruktur bis 2023 für die Ladeinfrastruktur (<https://twitter.com/WAinetter/status/1191467978421940224>) bzw. für die Tank- und Ladeinfrastruktur (www.bmvi.de/goto?id=457488) bereitgestellt werden, im Detail auf (bitte möglichst genau aufschlüsseln, z. B. nach einzelnen Förderprogrammen, Ladesäulenarten, Raumtypen, Zugänglichkeit, Jahren etc.), und aus welchem Grund konnte sich der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer mit seiner Forderung aus dem März 2019, 1 Mrd. Euro für die Förderung privater Ladestationen bereitzustellen (www.faz.net/-iki-91fxy), nicht durchsetzen, da nun lediglich 50 Mio. Euro zur Verfügung stehen sollen (www.bmvi.de/gofa?id=457488)?
7. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die durch den „Masterplan Ladeinfrastruktur“ bereitgestellten Ladestationen auch wirtschaftlich betrieben werden, wenn es bis zum Ende des Ausbaus nicht genügend Batterieautos gibt (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/mobili-taet-fuer-morgen.html)?
8. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Bericht des Bundesrechnungshofs zur Pkw-Maut, insbesondere im Hinblick auf die geäußerte Kritik hinsichtlich der gefällten haushalts- und vergaberechtlichen Entscheidungen (www.spiegel.de/politik/deutschland/pkw-maut-bundesrechnungshof-sieht-verstoesse-gegen-haushalts-und-vergaberecht-a-1294374.html)?

9. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie schätzt die Bundesregierung die wirtschaftlichen Auswirkungen der Erhöhung der Luftverkehrsteuer sowie weiterer Belastungen für den Luftverkehrssektor in der Bundesrepublik Deutschland ein (www.airliners.de/deutsche-luftfahrt-wettbewerbsfaehigkeit-luftverkehrsteuer/52534)?
10. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wie weit fortgeschritten sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Verhandlungen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft für einen Staatsvertrag zum Fluglärm (www.suedkurier.de/region/schwarzwald/schwarzwald-baar-kreis/Unfassbar-Der-Fluglaermstreit-mit-der-Schweiz-geht-jetzt-in-sein-20-Jahr;art372502,10120865)?
11. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Autos mit Dieselmotoren der Abgasnormen Euro 4, 5 und 6 D Temp waren bundesweit sowie in der Landeshauptstadt Stuttgart und in der Region Stuttgart jeweils am 1. Januar 2019 und sind aktuell registriert (bitte nach Abgasnormen, Zeitpunkten und Bund, Stadt Stuttgart bzw. Region Stuttgart differenziert darstellen)?
12. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Pkw befanden sich im Jahr 2010 und wie viele befinden sich aktuell im Eigentum der bundeseigenen Deutschen Bahn AG (bitte nach Dieselantrieben, Benzinantrieben sowie rein batterieelektrischem Hybrid- und Brennstoffzellenfahrzeugen differenzieren)?
13. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die der Deutschen Bahn AG im Klimapaket zugesagten 11 Mrd. Euro zusätzlichen Eigenkapitals ausschließlich zur Verbesserung der Infrastruktur und nicht zu einer indirekten, europarechtswidrigen Subventionierung des Betriebes eingesetzt werden?
14. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- In welchen Bundesländern war es zum 31. Oktober 2019 nach Kenntnis der Bundesregierung möglich, per Online-Kfz-Zulassung ein Fahrzeug zuzulassen, und bis wann soll die Online-Zulassung nach Kenntnis der Bundesregierung in allen Ländern uneingeschränkt möglich sein?
15. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele „moderne Spritzzüge“ mit Pflanzendetektoren (vgl. Antwort auf die Nachfrage zur Mündlichen Frage 2 des Abgeordneten Matthias Gastel in der Fragestunde am 16. Oktober 2019, Plenarprotokoll 19/117 sowie die ergänzende Stellungnahme vom 29. Oktober 2019) setzt die

Deutsche Bahn AG (DB AG) zur Gleisbehandlung ein, und wie viele „alte Spritzzüge“ ohne Pflanzendetektoren sind im Einsatz?

16. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welcher Form und in welchem (inhaltlichen) Umfang wird die Bundesregierung, die nach eigener Aussage in einem persönlichen Schreiben an mich auf eine Nachfrage zu meiner Mündlichen Frage 35, Plenarprotokoll 19/114 nur für die Beseitigung von Schifffahrtshindernissen zuständig sei und im Zusammenhang mit der Havarie der MSC Zoe darauf verweist, dass das Land Niedersachsen für die Beseitigung drohender Umweltschäden zuständig sei dem Land Niedersachsen eine Einschätzung über eine mögliche Gefährdung durch noch nicht aufgefundene Container oder Containerinhalte, insbesondere mit Gefahrenstoffen wie Lithium-Ionen-Batterien, im Naturpark Wattenmeer übermitteln?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

17. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gibt es bereits einen Zeitplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) für eine gesetzliche Neuregelung, damit im Bereich Atomkraft sowie nukleare Ver-/Entsorgung geheimhaltungsbedürftige Unterlagen unter Wahrung des Geheimschutzes zukünftig angemessen in verwaltungsgerichtliche Verfahren eingebracht werden können (ggf. bitte konkret angeben; vgl. Antwort der Bundesregierung vom 13. Februar 2019 auf meine Mündliche Frage 67, Plenarprotokoll 19/79), und falls nein, inwiefern gab es seit dem 13. Februar 2019 zwischen den beteiligten Bundesressorts zumindest relevante Abstimmungsfortschritte?

18. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über wesentliche Diskrepanzen zwischen der tatsächlichen Auslegung der Nasslager für Brennelemente im grenznahen französischen Atomkraftwerk Cattenom und den nach Stand von Wissenschaft und Technik heute geltenden Anforderungen – insbesondere was die Gefahr eines Flugzeugabsturzes angeht – (www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Sicherheitsdefizite-des-AKW-Cattenom.pdf), und welche Kritikpunkte und Argumente hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer etwaigen Teilnahme an der öffentlichen Konsulta-

tion der französischen Atomaufsicht ASN zu den allgemeinen Ausrichtungen der nächsten Zehnjahresprüfung der Reaktoren der 1300-Megawatt-Klasse, zu der das Atomkraftwerk Cattenom gehört, geltend gemacht (www.asn.fr/Reglementer/Participation-du-public/Installations-nucleaires-et-transport-de-substances-radioactives/Participations-du-public-en-cours/Orientations-de-la-phase-generique-des-quatriemes-reexamens-periodiques-des-reacteurs-de-1-300-MWe)?

19. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem am 6. November 2019 veröffentlichten Bericht (www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20190611-greenpeace-report-ghost-fishing-ghost-gear-deutsch.pdf) von Greenpeace International und weiterer Berichte zu dem Thema (z. B. www.fao.org/fao-stories/article/en/c/1099596/) über den besonders hohen Anteil der Verschmutzung der Weltmeere weltweit durch sogenannte Geisternetze aus der Fischereiwirtschaft für die Verschmutzung mit alten Fischereigerät in der deutschen Nord- und Ostsee, und welche konkreten Effekte auf die Artenvielfalt in Nord- und Ostsee sind der Bundesregierung bekannt?

20. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit der Verabschiedung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Bundestagsdrucksache 18/12944 im Juni 2017 im Kampf gegen die Verschmutzung der Nord- und Ostsee durch altes Fischereigerät umgesetzt, und wie viele Betriebe konnte die Bundesregierung durch freiwillige Vereinbarungen zum Verzicht der Nutzung von besonders stark verschmutzenden Dolly Ropes überzeugen?

21. Abgeordnete
Judith Skudelný
(FDP)

Wird die Bundesregierung im Zuge des Plastiktütenverbots den Verbrauch der in Deutschland verwendeten Papiertüten und Baumwollbeutel statistisch erheben?

22. Abgeordnete
Judith Skudelný
(FDP)

Plant das Bundesumweltministerium die von den Abgeordneten in der 19. Legislaturperiode gestellten Kleinen Anfragen und Schriftlichen Fragen zu externen Beratungsleistungen des Bundesumweltministeriums unter Berücksichtigung der vom Bundesrechnungshof gestellten Kriterien zu überprüfen und neu zu beantworten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

23. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen chinesischen Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertretern hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek während ihrer Chinareise vom 4. bis 6. November 2019 Gespräche geführt (bitte Namen, institutionelle Zugehörigkeit und Datum des Gespräches nennen, und in welchen dieser Gespräche hat die Bundesministerin die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit in China thematisiert?
24. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sieht die Bundesregierung aktuell durch einen „alarmierenden Einfluss Chinas auf Universitäten“ eine „potenzielle Gefährdung der akademischen Freiheit“ auch in Deutschland, wie sie beispielsweise der Außenausschuss des britischen Parlaments aktuell feststellte (AFP-Newsticker vom 6. November 2019), und inwieweit bestehen auf Grundlage der der Bundesregierung vorliegenden Informationen die wesentlichen Unterschiede zwischen der Situation in Großbritannien und Deutschland hinsichtlich der Einflussnahme Chinas im Wissenschaftsbereich?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

25. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind für die Umsetzung der neuen, für Dezember 2019 vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Norbert Barthle am 7. November 2018 in der Fragestunde (Plenarprotokoll 19/60) angekündigten entwicklungspolitischen Inklusionsstrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zusätzliche finanzielle Mittel eingeplant, und plant das BMZ Instrumente zur Messung der Mittel für die Förderung von Menschen mit Behinderung zu etablieren?
26. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Hält das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Einstufung Chinas als Entwicklungsland beim Development Assistance Committee (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch für gerechtfertigt (www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Mi)

nisterium/ODA/DAC_Laenderliste_Berichtsja
re_2018_2020.pdf), und plant das BMZ, dieses
Thema im Rahmen einer der nächsten Sitzungen
des DAC anzusprechen?

27. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
Wie viele Regionalvorhaben „Mehr Platz für
Sport – 1.000 Chancen für Afrika“ wurden seit
der im Jahr 2014 vom Bundesminister für wirt-
schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Dr. Gerd Müller ins Leben gerufene Initiative in
den einzelnen Jahren realisiert (bitte auch die je-
weilige Gesamtzahl pro Land nennen), und wie ist
die Planung für die kommenden Jahre, um das
selbst gesteckte Ziel in absehbarer Zeit zu errei-
chen?
28. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche G20-Staaten haben nach Kenntnis der
Bundesregierung neben Deutschland bislang im
Rahmen der „Compact with Africa“-Initiative
(CwA) sogenannte Compacts mit afrikanischen
Staaten abgeschlossen (bitte nach Partnerstaaten
auflisten), und in welcher Höhe konnten in den
vergangenen drei Jahren im Rahmen der deut-
schen CwA-Aktivitäten Privatinvestitionen mobi-
lisiert werden (bitte nach Ländern auflisten)?
29. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wann hat Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd
Müller seinen Vorschlag eines europaweiten Ex-
portstopps von Müll ([www.sueddeutsche.de/wirt-
schaft/recycling-vermuellert-1.4665564](http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/recycling-vermuellert-1.4665564)) im Bun-
deskabinett vorgelegt, und welche Bundesminis-
terien unterstützen den Vorschlag?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

30. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie ist der aktuelle Stand hinsichtlich der koordi-
nierten Bepreisung des Luftverkehrs auf europä-
ischer Ebene, die die Bundesregierung momentan
prüft (vgl. Entwurf des 27. Subventionsberichts
des Bundes, Anlage 8, lfd. Nr. 78, Datenblatt-
Nr. 19/08086), und inwiefern setzt sich die
Bundesregierung für die nach meiner Auffassung
rechtlich einfacher und schneller umsetzbaren bi-
lateralen Abkommen zur Kerosinbesteuerung für
zwischenstaatliche Flüge mit Staaten wie Frank-
reich, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg
oder Schweden ein, die sich offen für eine Kero-
sinbesteuerung zeigen?

31. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Wie verhält sich der finanzielle Umfang von Datensätzen zu der Anzahl der Datensätze, die seit Beginn des Automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) an die Türkei geliefert wurden, und kann die Bundesregierung in diesem Zusammenhang aktuelle Medienberichte bestätigen, dass es von Seiten der Türkei gegenüber Deutschland bislang keinen automatischen Informationsaustausch zu den in der Türkei von in Deutschland steuerpflichtigen Personen gehaltenen Finanzkonten gab (www.tagesschau.de/investigativ/hr/tuerkei-steuerhinterziehung-101.html; www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/schweiz-legt-informationsaustausch-mit-tuerkei-aufs-eis/story/23444077)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

32. Abgeordneter
Lars Herrmann
(AfD)
- Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um bei dem Ende 2020 geplanten EU-China-Gipfel in Leipzig die Sicherheit der Bürger sowie deren Hab und Gut zu gewährleisten, damit sich die Gewaltszenarien, wie bei dem G20-Gipfel 2017 in Hamburg, nicht wiederholen (www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Kanzlerin-bestaetigt-EU-China-Gipfel-findet-2020-in-Leipzig-statt)?
33. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Befand sich der Attentäter des Anschlages auf den Berliner Breitscheidplatz nach Kenntnis der Bundesregierung vor dem Anschlag am 19. Dezember 2016 auf einer sogenannten „No-Flight-Liste“, und wenn ja, auf welcher?
34. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der „Atomwaffen Division“ ausgehende Gefährdung vor dem Hintergrund der bekannt gewordenen Morddrohungen gegen demokratische Politiker und Politikerinnen sowie vor dem Hintergrund früherer Verlautbarungen eines deutschen Ablegers der „Atomwaffen Division“ (www.zeit.de/politik/deutschland/2019-11/atomwaffen-division-rechtsextremismus-morddrohungen-nsu-staatsstreichorchester/komplettansicht)?
35. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Hält die Bundesregierung das Vorgehen des Bundesverfassungsschutzes vor dem Hintergrund der Verlässlichkeit für zielführend, anonyme, inoffizielle Tipgeber zu politischem Extremismus über

Print- und Onlineanzeigen zu werben (www.verfassungsschutz.de/de/hinweistelefon-rechtsex, zuletzt abgerufen am 7. November 2019)?

36. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Wird die Bundesregierung im Zuge ihrer EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 sich explizit (offizielle Programmatik) mit einer Bestandsaufnahme und ggf. Revision des aktuell angewandten sog. Dublinabkommens beschäftigen, und wenn ja, mit welchem Ziel, und wenn nein, weshalb nicht?
37. Abgeordneter
Frank Magnitz
(AfD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der im Bundes-Länder-Bericht der Unterarbeitsgruppe Vollzugsdefizite über die Ergebnisse der Evaluierung des Berichts über die Probleme bei der praktischen Umsetzung von ausländerbehördlichen Ausreiseaufforderungen und Vollzugsmaßnahmen vom April 2011 (www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2016/bund-laender-bericht-hindernisse-abschiebungen.html) in der Fassung von 2015 zitierten Auffassung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Mai 2006 – 2 BvR 669/04 in der es heißt: „Eine Rechtsordnung, die sich ernst nimmt, darf nicht Prämien auf die Missachtung ihrer selbst setzen. Sie schafft sonst Anreize zur Rechtsverletzung, diskriminiert rechtstreuere Verhalten und untergräbt damit die Voraussetzungen ihrer eigenen Wirksamkeit“ für die Wiedereinreise und nochmalige Befassung aus der des Bremer Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit der Angelegenheit des bereits in den Libanon abgeschobenen Ibrahim Miri nach Bremen, der nach seiner Abschiebung für sieben Jahre lang nicht nach Deutschland einreisen darf?
38. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie ist die Anweisung, wonach laut Pressebericht (vgl. Bildzeitung vom 6. November 2019: „Ab heute überall Grenzkontrollen – Seehofers Knallhart-Plan“) bei Kontrollen der Bundespolizei aufgegriffene Asylsuchende mit einem Wiedereinreiseverbot künftig festgenommen werden sollen, wobei der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer dazu erklärte, dass entsprechende Gerichtsverfahren noch in der Haft abgeschlossen werden sollten (ebd.), damit vereinbar, dass laut Agenturmeldungen vom 6. und 7. November 2019 eine Rechtsgrundlage für solche Inhaftierungen erst noch geschaffen werden sollen (bitte also die genaue Rechtsgrundlage für entsprechende Inhaftierungen von Asylsuchenden, auch für die Dauer eines gerichtlichen Überprüfungsverfahrens, darlegen), und inwieweit teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass

auch Menschen mit einem Wiedereinreiseverbot individuell verfolgte Flüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte sein können bzw. dass auch in diesen Fällen absolute Abschiebungshindernisse im Sinne von Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention vorliegen können, die bei entsprechender Geltendmachung zwingend die Einleitung eines individuellen, rechtsstaatlichen Prüfverfahrens erfordern, vor dem Hintergrund, dass beispielsweise der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt gefordert hat: „Wenn einmal geprüft und dann abgeschoben wurde, dann muss auch mal gut sein. Dann darf ein Folgeantrag gar nicht mehr möglich sein“ (Neue Osnabrücker Zeitung vom 1. November 2019; bitte ausführen)?

39. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Was genau beinhaltet die aktuelle Erlasslage des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat an die Bundespolizei zu Kontrollen im Grenzbereich (dpa vom 1. November 2019 sowie afp vom 6. November 2019), und inwieweit sind die laut Pressebericht (vgl. Bild-Zeitung vom 6. November 2019: „Ab heute überall Grenzkontrollen – Seehofers Knallhart-Plan“) angeordneten verschärften, routinemäßigen Personenkontrollen mit EU-Recht vereinbar, das routinemäßige Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen grundsätzlich verbietet (vgl. Artikel 22 und 23 des Schengener Grenzkodex, Verordnung (EU) 2016/399 vom 9. März 2016) und das nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs überdies erfordert, dass es einen Rechtsrahmen geben muss, der sicherstellt, dass die praktische Ausübung von Identitätskontrollen nicht die gleiche Wirkung wie Grenzübertrittskontrollen haben dürfen (vgl. z. B. Urteil vom 21. Juni 2017, Az. C-9/16, vgl. auch Bundestagsdrucksache 18/4149), wobei innerbehördliche Vorgaben diesen Anforderungen nicht gerecht werden (so der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 13. Februar 2018, Az. 1 S 1469/17) und ich davon ausgehe, dass die Voraussetzungen für die vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen nach Artikel 25 ff. des Schengener Grenzkodex (schwere Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit) nicht vorliegen (bitte die Rechtsgrundlage für die genannten Erlasse in Auseinandersetzung mit der genannten Rechtsprechung erläutern)?

40. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)

Wie viele beurlaubte Staatssekretäre gibt es, und welcher Tätigkeit gehen diese nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell nach?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

41. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung die vom spanischen Staat gegen mehrere im europäischen Exil lebenden katalanischen Politiker ausgestellten Europäischen Haftbefehl (EuHB), wonach diese wegen „Aufruhr“ festgenommen werden sollen, auf ihre besondere Bedeutung in politischer, tatsächlicher oder rechtlicher Beziehung zu prüfen („Spanish court reactivates warrant for three Catalan separatist leaders“, Reuters vom 5. November 2019), da „Aufruhr“ kein deutscher Straftatbestand ist (<https://de.wikipedia.org/wiki/Aufruhr>) und auch nicht von der Richtlinie des EuHB erfasst ist und daher aus meiner Sicht wegen politischer Verfolgung ein grundsätzliches Auslieferungshindernis vorliegt, und beabsichtigt die Bundesregierung, in dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen der spanischen Zentralregierung und der Republik Katalonien eine aktive Rolle einzunehmen und die Beteiligten zu einem Dialog zu ermuntern, anstatt wie der spanische Staat weiterhin auf Repressionen zu setzen?
42. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie stellt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Einflussmöglichkeit auf EU-Ebene sicher, dass Gelder für die humanitäre Hilfe für Flüchtlinge, wie die Zurverfügungstellung von Cashkarten (<https://taz.de/EU-und-Tuerkei/!5635004/>), nicht von Organisationen verwaltet werden, die dem türkischen Militär viel Erfolg bei ihrem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg wünschen und anderweitig unterstützen (<https://twitter.com/kardeseliorgtr/status/1182256434534391808>; <https://twitter.com/multicihakder/status/1182025019481833472>; https://twitter.com/ihhin_saniyardim/status/1181985641992720384), und wenn die Bundesregierung hier keine Einwände oder Handlungen unternommen hat, warum nicht?
43. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche eigenen Erkenntnisse hat die Bundesregierung inzwischen darüber erlangt, welche islamistischen Gruppen neben Furqat Sultan Murad, Ahrar al Sharqiya und Failaq al Sham an der Seite der Türkei im Rahmen der völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen der Türkei auf syrischem Staatsgebiet kämpfen, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Nahostexperten der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Guido Steinberg, wonach es sich bei den Milizen um salafistische Gruppen handelt (www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/tuerkei-kurden-islamisten-101.html)?

44. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung (auch nachrichtendienstliche) über die Unterstützungsleistungen des Emirats Katar für die völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen der Türkei auf syrischem Staatsgebiet (finanziell, technisch, militärisch etc.) – Die die Türkei „Operation Friedensquelle“ bezeichnet –, vor dem Hintergrund, dass sich der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu nach einem Treffen mit Scheich Tamim bin Hamad al Thani in Doha am Rande einer Konferenz der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) zu Somalia ausdrücklich für die finanzielle Hilfe bedankt hat (<https://english.alarabiya.net/en/News/middle-east/2019/11/03/Turkeys-FM-thanks-Qatar-Emir-for-support-to-military-operation-in-Syria.html>), und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung (auch nachrichtendienstliche), ob die am 4. Oktober 2018 entstandene „Syrische Nationalarmee“ der sogenannten syrischen Übergangsregierung, die wiederum von der ETILAF ernannt wird, durch weitere Länder außer der Türkei (wie Katar, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) unterstützt wird?
45. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Initiativen hat die Bundesregierung auf die Ankündigung des tschechischen Bundesministerpräsidenten Andrej Babis vom Oktober dieses Jahres reagiert, den Atomausbau in seinem Land notfalls auch gegen EU-Recht umzusetzen (www.onetz.de/deutschland-welt/tschechien-will-automausbau-notfalls-gegen-eu-recht-id-2870680.html), und mit welchen Akteurinnen und Akteuren steht die Bundesregierung dazu auf EU-Ebene in Austausch?
46. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Was unternimmt die Bundesregierung gegen die völkerrechtswidrige (www.bundestag.de/resource/blob/657444/a_e_4_d_7_f_7_4_e_9_3_1_4_5_b_7_c_a_5_e_8_a_a_8_c8042bdf/WD-2-071-19-pdf-data.pdf) US-Blockade (www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24566&LangID=E) und die Einreiseverweigerung durch die USA gegen kubanische Diplomaten und Minister zu den Vereinten Nationen in New York (www.jungewelt.de/artikel/363822.kuba-wie-im-kaltenkrieg.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

47. Abgeordneter
Johann Saathoff
(SPD)
- Wie weit vorangeschritten ist die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung des Strategiepapiers zur Stärkung der Verteidigungsindustrie sowie der damit verbundenen Umsetzung der Beschlüsse des Deutschen Bundestages hinsichtlich der Einstufung von Überwasserschiffbau als Schlüsseltechnologie, und in welcher Form ist die Einbindung des Deutschen Bundestages in diesen Prozess vorgesehen (vgl. Bundestagdrucksachen 18/6328 und 18/11725)?
48. Abgeordneter
Dr. Marcel Klinge
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung ihr handelspolitisches Instrumentarium, um die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft langfristig verlässlich auf hohem Niveau sicherzustellen, und wie bewertet die Bundesregierung den Zugriff der deutschen Wirtschaft auf nichtheimische Rohstoffvorkommen, durch – von der Bundesregierung geförderte – Gemeinschaftsprojekte deutscher Unternehmen im Ausland (bitte vor dem Hintergrund der Annullierung des deutsch-bolivianischen Joint-Ventures zwischen ACI Systems und YLB beantworten; www.handelsblatt.com/politik/deutschland/joint-venture-mit-bolivien-bundesregierung-zeigt-sich-irritiert-ueber-absage-von-lithium-projekt/25198950.html)?
49. Abgeordneter
Dr. Marcel Klinge
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die sich abzeichnenden Tendenzen der Regionalisierung bzw. De-Globalisierung, durch die z. B. fortschreitende Entwicklung additiver Fertigungstechniken (3D-Druck), und inwiefern wird eine sichere Versorgung mit nichtheimischen Rohstoffen – aus Sicht der Bundesregierung – vor dem Hintergrund eben dieser Entwicklung für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebend sein (Quelle: Schöne neue Handelswelten, In: Wirtschaftswoche, Ausgabe 40 vom 27. September 2019, S. 40 bis 41)?
50. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kosten sind nach Kenntnis der Bundesregierung für die nach meiner Information annähernde Verdopplung der Minutenreserve im dritten Quartal 2019 entstanden, weil Bilanzkreise unterdeckt waren (www.energate-messen-ger-de/news/196049/netzagentur-ermittelt-gegen-sechsbilanzkreisverantwortliche)?

51. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesregierung mit dem Eigentümer des Kohlekraftwerks Datteln 4 über die Nichtinbetriebnahme verhandelt, und kann die Bundesregierung bestätigen, dass das Kraftwerk Datteln 4 zeitnah seinen Betrieb aufnehmen wird (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/kohlekraftwerk-datteln-4-soll-wohl-doch-ans-netz-16459851.html)?
52. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Datteln 4 vor (bitte unter Angabe des Datums), und ist diese Inbetriebnahme im Einklang des Abschlussberichtes der Kohlekommission, wo es heißt „für bereits gebaute, aber noch nicht im Betrieb befindliche Kraftwerke empfiehlt die Kommission, eine Verhandlungslösung zu suchen, um diese Kraftwerke nicht in Betrieb zu nehmen.“ (siehe S. 62 des Abschlussberichtes; bitte begründen)?
53. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gespräche zwischen dem Betreiber Uniper und der Bundesregierung (bitte unter Angabe des Datums, Teilnehmer/Teilnehmerinnen und Ergebnis) gab es seit der Übergabe des Abschlussberichtes der Kohlekommission an die Bundesregierung?
54. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass Huawei auf Basis der vorgelegten Sicherheitskriterien ein glaubwürdiger Lieferant von sicherheitsrelevanten 5G-Komponenten ist (siehe meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/14931)?
55. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konflikte sieht die Bundesregierung zwischen den Plänen eines niederländischen Unternehmens, eine Förderplattform auf niederländischem Hoheitsgebiet in der Nordsee zu errichten, um von dort aus auch im deutschen Nationalpark Wattenmeer Erdgas zu gewinnen (www.weser-kurier.de/region/niedersachsen_artikel-niedersachsen-besorgt-wegen-gasprojekts-im-wattenmeer_arid.1859665.html), und dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), wonach Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung von Wattflächen im Küstenbereich, Seegraswiesen und sonstigen marinen Makrophytenbeständen, Riffen, sublitoralen Sandbänken, Schlickgründen mit bohrender Bodenmegafauna sowie artenreichen Kies-, Grobsand- und Schillgründen im Meeres- und Küstenbereich führen können, verboten sind, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass sich die durch die geplante Gasförderung des niederländi-

schen Unternehmens „schädigenden Einwirkungen auf das Meer auf ein möglichst geringes Maß beschränken“ (Bundesberggesetz – BbergG) werden?

56. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Stand hinsichtlich der Punkte 3.5: Die Vermarktung der Übertragungsrechte für die UEFA Champions League und anderen Fußballwettbewerben sowie Punkt 1025: Die „Grundversorgung“ der Bevölkerung durch Sportübertragungen durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Gegenstand im 22. Hauptgutachten der Monopolkommission – Wettbewerb 2018, Bundestagsdrucksache 19/3300, waren, und welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Punkten für das weitere Handeln der Bundesregierung?
57. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Studie der Schweizer Management-Schule ZHAW, wonach kein einziges der 20 größten deutschen Wirtschaftsunternehmen derzeit die von den Vereinten Nationen festgelegten Mindeststandards in puncto menschenrechtliche Sorgfaltspflichten erreicht (Die Welt, „Mangelhaft in Menschenrechten“, 5. November 2019), und kann die Bundesregierung Einschätzungen bestätigen, dass sie trotz dieses Ergebnisses in dieser Wahlperiode keinen Gesetzentwurf mehr für ein Lieferkettengesetz vorlegen wird (www.bme.de/neur-naehrboden-fuer-ein-lieferkettengesetz-3123/, www.taz.de/Arbeitsbedingungen-bei-Zulieferern/!5611749/)?
58. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Stimmt die Bundesregierung mit der Bewertung von Dr. Volker Steinbach von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages zum Thema „Rohstoffe unter besonderer Berücksichtigung von E-Mobilität“ am 6. November 2019 überein, Entwicklungsländern wie Indonesien sei es gelungen, mithilfe von Exportrestriktionen bzw. -verboten eine Lieferkette im eigenen Land aufzubauen und damit seine wirtschaftliche Entwicklung zu befördern, und wird sie sich vor diesem Hintergrund in den aktuellen Verhandlungen der EU mit Indonesien über ein Freihandelsabkommen dafür einsetzen, dass die EU eine Position einnimmt, die es Indonesien erlaubt, weiterhin von Exportrestriktionen Gebrauch zu machen?

59. Abgeordneter
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass einer aktuellen Forschungsstudie zufolge keines der größten 20 deutschen Unternehmen die UN-Mindeststandards für gute Unternehmensführung bezüglich Menschenrechtsschutz vollständig erfüllen (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/menschenrechtsschutz-deutsche-konzerne-verfehlen-uno-vorgaben-zu-menschenrechten/25184408.html?ticket=ST-80742101-zfpKXxdW5sXON9QkgyUC-ap1), und wird die Bundesregierung daraufhin nun das von Nichtregierungsorganisationen seit langem geforderte Lieferkettengesetz beschleunigt beschließen, wonach deutsche Unternehmen auch für die Menschenrechtsachtung ihrer ausländischen Geschäftspartner – etwa bei Kinderarbeit – einzustehen hätten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

60. Abgeordneter
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung, ob auch bundesweit Staatsanwaltschaften ebenso wie diejenige in Halle (Saale) Strafverfahren gegen Rechtsextremisten wegen Beleidigung und Volksverhetzung fast immer einstellen (so Süddeutsche Zeitung vom 28. Oktober 2019, S. 3), und falls der Bundesregierung dies noch nicht bekannt ist, wird sie dies nun über die Bundesländer erfragen, um bejahendenfalls – in Ergänzung ihres ohnehin beschlossenen „Maßnahmenpakets gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität“ – Maßnahmen zur Beendigung dieses Missstands zu initiieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

61. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Wann wird nach Kenntnis der Bundesregierung die am 7. November 2019 auf dem Deutschen Betriebsrätetag durch den Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil getätigte Aussage, wonach die Behinderung der Betriebsratsgründung gemäß § 119 Absatz 1 Nummer 1 des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) kein Anzeigedelikt (§ 119 Absatz 2 BetrVG) mehr sein soll,

sondern zum Offizialdelikt werden soll, in einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung umgesetzt, und hält es die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieser getätigten Aussage als nächsten konsequenten Schritt für notwendig, in Zusammenarbeit mit den Ländern dafür zu sorgen, dass Straftaten gegen Betriebsverfassungsgremien und ihre Mitglieder durch Schwerpunktstaatsanwaltschaften geahndet werden (bitte begründen; www.twitter.com/liefnernamlimit/status/1192390736215449602)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

62. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern basiert das „NATO Automated Biometric identification System“ (NABIS), dessen Aufbau die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten am 11. Juli 2018 zur Speicherung von Gesichtern, Iriden und Fingerabdrücken beschlossen haben und das sich noch in Entwicklung befindet (Bundestagsdrucksache 19/13673, Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE.), nach Kenntnis der Bundesregierung auf dem bereits mehr als 7 Millionen Personen enthaltenden „Automated Biometric Information System“ (ABIS) des US-Militärs bzw. ist mit diesem technisch identisch („This is How the U.S. Military’s Massive Facial Recognition System Works“, <https://onezero.medium.com> vom 6. November 2019), und welcher Zeitplan ist ihr für den Aufbau und die Fertigstellung des Systems bekannt?
63. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie soll nach Vorstellung der Bundesregierung der von der Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer angeregte „Nationale Sicherheitsrat“ aufgebaut/strukturiert und angeordnet sein, und mit welchem Ziel sollen die „Instrumente von Diplomatie, Militär, Wirtschaft und Handel, Innere Sicherheit und Entwicklungszusammenarbeit“ koordiniert werden (www.spiegel.de/politik/deutschland/annegret-kramp-karrenbauer-fordert-nationalen-sicherheitsrat-a-1295321.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

64. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Zeitpunkt legt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Entwurf zur angekündigten Reform des Elterngeldes, des ElterngeldPlus sowie des Partnerschaftsbonus vor (u. a. www.zeit.de vom 9. September 2019)?
65. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welchen konkreten Reformbedarf sieht die Bundesregierung in Bezug auf das Elterngeld, das ElterngeldPlus sowie den Partnerschaftsbonus?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

66. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung 2018 jeweils die Ausgaben der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung (GKV/PKV) pro versicherte Person insgesamt sowie die Ausgaben pro versicherte Person, die die entsprechenden Leistungen in Anspruch genommen hat, bei Leistungen für ambulante Behandlung, bei Leistungen für stationäre Behandlungen, für zahnmedizinische Leistungen, für Arzneimittel, für Heilmittel und für Hilfsmittel (falls nicht sowohl für die GKV als auch für die PKV Daten für 2018 verfügbar, bitte für beide jeweils die Daten des aktuellsten Jahres angeben, für das für beide Versicherungssysteme Daten vorliegen)?
67. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016, 2017 und 2018 (hilfsweise: 2015) die Zahl der Personen, deren Anspruch auf Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung gemäß § 16 Absatz 3a Satz 1 und Satz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch aufgrund von Beitragsrückständen ruht (bitte weiter nach Geschlechtern sowie nach Altersgruppen unter 18, 18 bis 65 und über 65 differenzieren), und wie hoch war in diesen Jahren die Zahl der Personen, deren Anspruch auf Krankenversicherungsschutz gemäß § 16 Absatz 3a Satz 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch allein deshalb nicht ruht, weil sie hilfebedürftig im Sinne des Zweiten oder Zwölften Buches Sozialgesetzbuch waren oder wurden (bitte nach anfänglicher und später eingetretener Hilfebedürftigkeit differenzieren)?

